



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 40 (Staatliche Bauämter) werden die Ansätze im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 86.667,0 Tsd. Euro um 4.180,0 Tsd. Euro auf 90.847,0 Tsd. Euro und im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer) von 107.625,8 Tsd. Euro um 2.783,4 Tsd. Euro auf 110.409,2 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln sollen an den Staatlichen Bauämtern 120 zusätzliche Stellen für Beamtinnen und Beamte in den BesGr. A 6 bis A 16 und 80 zusätzliche Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der EGr. E 3 bis E 14, zu besetzen ab 1. Juli 2022, geschaffen werden. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Die Arbeitsbelastung an den Staatlichen Bauämtern in Bayern ist spürbar gestiegen. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist die Anzahl der Überstunden um 73,5 Prozent von 93 966 auf 162 992 stark angestiegen, im Jahr 2020 lagen die Krankheitstage bei der hohen Zahl von 75 666 Tagen. Dies hat negative Folgen für die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten an den Bauämtern und nicht zuletzt für die zeitnahe Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte in Bayern.

Im Vergleich dazu fiel die Entlastung durch die Stellenpläne der vergangenen Jahre gering aus. Vom Jahr 2020 auf 2021 wurden sogar 35 Planstellen abgebaut. Von den 7 479 Planstellen 2020 waren 356 nicht besetzt, im Jahr 2021 waren von den 7 444 Planstellen 211 nicht besetzt. Die vorgesehene Erhöhung der Stellen im Haushaltsentwurf für 2022 um 66,4 Stellen ist angesichts der Entwicklung der letzten Jahre nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die dicksten Investitionsprogramme nutzen nichts, wenn Projekte wegen Personalengpässen nicht umgesetzt werden können. Das von der Staatsregierung geplante Corona-Investitionsprogramm soll u. a. der Modernisierung der staatlichen Infrastruktur und dem klimaneutralen Umbau bayerischer Verkehrsnetze dienen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bauämtern leisten bereits jetzt wertvolle Dienste für den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur. Ohne Aufstockung des Personals in den Bauämtern drohen die Modernisierung und der Umbau staatlicher Gebäude, der Umbau und Ausbau von Staatsstraßen und die Planung und Realisierung von Radwegen auf der Strecke zu bleiben.

Um die Arbeitsbelastung an den Bauämtern zu reduzieren und eine zügigere Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Freistaat zu gewährleisten, sollen 120 neue Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 80 Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen werden. Dafür sind entsprechende Personalausgaben zu erhöhen.